

Drittens kann einer extremen Polarisierung durch die Arbeit an zukunftsfähigen Lösungen für die Krisen der Gegenwart entgegengewirkt werden. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Klimawandel. Wenn ökologische Belastungsgrenzen fundamental überschritten werden, dann stellt gerade dies langfristig die größte Gefahr für demokratische Politik und das gesellschaftliche Zusammenleben dar, etwa indem politisch Handelnden kaum noch Spielraum für politische Abwägungen bleibt (→ Sachverständigenrat für Umweltfragen 2019). Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten unterschiedliche Arten und Grade der Betroffenheit und soziale Kosten angemessen reflektieren und in demokratischen Prozessen erläutert und diskutiert werden. Notwendige Entscheidungen und Wandlungsprozesse dürfen gleichzeitig nicht mit Verweis auf die mögliche Gefahr politischer Polarisierung verdrängt oder auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Gesellschaften müssen dabei im Sinne einer gesellschaftlichen Resilienz, die vor allem marginalisierte und besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen berücksichtigt, auch zum Umgang mit zukünftigen Krisen befähigt werden → 2.

Polarisierung darf nicht als Ausrede dienen, um notwendigen Wandlungsprozessen und Konflikten aus dem Weg zu gehen

Die europäische Politik hat bereits gezeigt, dass sie durchaus über Spielräume verfügt, um grenzüberschreitende, sich gegenseitig verstärkende Krisen effektiv zu bearbeiten. Der mehr als 750 Mrd. € fassende europäische Wiederaufbaufond Next Generation EU, der vor allem auf die Folgen der Covid-19-Pandemie zielt, belegt dies. Zudem einigten sich die Mitgliedsstaaten der EU nach langen Auseinandersetzungen darauf, Maßnahmen gegen die aktuelle Energiekrise mit Hilfe des gemeinsamen Gaseinkaufs sowie der Gaspreisdeckelung solidarisch zu bewältigen. Die Kontroversen über den Umgang mit steigenden Energiepreisen lässt aber erahnen, welche Herausforderungen im Rahmen der grünen und gerechten Transition auf die Solidaritätsbeziehungen zwischen und in den europäischen Staaten noch zukommen werden. In der Migrationspolitik haben sich die Mitgliedsstaaten der EU ebenfalls einstimmig darauf verständigt, ukrainischen Kriegsflüchtlingen vorübergehenden Schutz zu gewähren. Allerdings scheitert die europäische Politik seit Jahren daran, eine nachhaltige und humane Lösung für den Umgang mit Geflüchteten aus anderen Weltregionen zu finden. Neben dem unmittelbaren Krisenmanagement darf die Suche nach langfristigen Ansätzen zur Bearbeitung der Ursachen aktueller Krisen daher nicht untergehen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

In den meisten westlichen Demokratien zerfallen Gesellschaften als Ganzes bisher nicht in feindlich gesinnte politische Lager. Demokratische Institutionen beweisen in vielen Fällen ihre Resilienz. Die Polarisierung nimmt jedoch erkennbar zu und erschwert in ihren extremeren Formen den konstruktiven Streit, der gerade in Krisenzeiten notwendig ist.

Es gibt kein Patentrezept für ein gelungenes demokratisches Zusammenleben. Eine aggressive Gegenpolarisierung ist aber in aller Regel kontraproduktiv; eher verstärkt sie

eine extreme Polarisierung. Politik und Medien sollten daher nicht jede dramatisierende Twitter-Debatte aufnehmen, zugespitzte Konflikte durch scharfe Formulierungen zur eigenen Profilierung nutzen oder grundlegende Meinungsunterschiede als Ausschlusskriterium für einen kritischen Dialog betrachten. Stattdessen sollten die Parlamente als Orte der öffentlichen und kontroversen Diskussion alternativer Handlungsoptionen im Umgang mit aktuellen Krisen gestärkt werden. Neue Formen der Beteiligung wie etwa die mit Blick auf die Klimapolitik geforderten Bürger:innenräte sind eine sinnvolle Ergänzung, auch um die Attraktivität demokratischer Verfahren zu erhöhen.

Politische Proteste sind Ausdruck demokratischer Vitalität, solange sie nicht für extremistische Botschaften genutzt werden oder mit der Anwendung von Gewalt verbunden sind. Gerade in Krisenzeiten können sie dazu dienen, etablierte Handlungsweisen infragezustellen und alternative Optionen aufzuzeigen. Eine exzessive Anwendung des Strafrechts und präventiver Ingewahrsamnahmen stellen ebenso wenig eine angemessene Antwort auf Formen des zivilen Ungehorsams dar wie öffentliche Diffamierungen und deplatzierte Vergleiche. Notwendig ist dennoch ein deutliches Bekenntnis zu den Grenzen des Tolerierbaren in der politischen Auseinandersetzung. Insbesondere die Akzeptanz der Grund- und Menschenrechte sowie zentraler demokratischer und rechtsstaatlicher Verfahren müssen dabei den Maßstab bilden. Daher gilt es, die Resilienz demokratischer Gesellschaften gegenüber klar antideokratischen Ideologien oder Desinformationskampagnen zu stärken. Dazu sollten Beratungs- und Bildungsprogramme, wie sie etwa im Demokratiefördergesetz vorgesehen sind, auch in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte weiter finanziert und, wo möglich, ausgebaut und verstetigt werden. Auch der laufende Strategieprozess der Bundesregierung „Gemeinsam für Demokratie und gegen Extremismus“ sollte nicht nur bereits vorhandene Maßnahmen bündeln, sondern, auf aktuellen Forschungserkenntnissen aufbauend, neue beschließen und gut funktionierende Maßnahmen längerfristig fördern.

Die schädlichen Effekte politischer Polarisierung in Krisenzeiten lassen sich schließlich vor allem durch politische Antworten auf eben diese Krisen reduzieren. Das ist alles andere als einfach. Kontroverse Debatten und politische Widerstände dürfen aber nicht als pauschale Ausrede dienen, um notwendige Transformationen immer weiter zu verzögern und stattdessen den Status Quo festzuschreiben. So sollten politische Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels der Größe des Problems gerecht werden und gleichzeitig die sozialen Folgen für verschiedene soziale Gruppen berücksichtigen. Notwendig bleibt zudem eine humane und solidarische, langfristig ausgerichtete Migrationspolitik. Nationale und europäische Maßnahmen gegen steigende Energie- und Lebenshaltungskosten illustrieren den vorhandenen Handlungsspielraum der Politik.

- 1 Neben den globalen Werten und den Zahlen für Deutschland erfassen wir hier Daten für die Länder Europas und Nordamerikas. Diese Gruppe umfasst neben Staaten, die V-Dem als liberale oder elektorale Demokratien einstuft, auch solche, die wie die Türkei, Ungarn oder Russland als elektorale Autokratien geführt werden. Da der Fokus auf westlichen Demokratien liegt, befindet sich ein Großteil der relevanten Staaten aber in diesen beiden Regionen.
- 2 Bei der Interpretation der quantitativen Indikatoren gilt es zu berücksichtigen, dass die angegebenen Zahlen auf Einschätzungen von Expert:innen basieren, die mit einem statistischen Modell zu kontinuierlichen Werten aggregiert wurden. Der Wert „1,2“ für Deutschland bedeutet also nicht, dass die Polarisierung exakt dieses Ausmaß erreicht hat, sondern dass die mittlere Bewertung der Expert:innen etwas höher als Kategorie 1 „vorwiegend keine Polarisierung“, aber deutlich niedriger als Kategorie 2 „etwas Polarisierung“ liegt.
- 3 <https://acleddata.com/dashboard/#/dashboard>. ACLED definiert die hier verwendeten Ereignistypen wie folgt: „A protest is defined as a public demonstration in which the participants do not engage in violence, though violence may be used against them. Events include individuals and groups who peacefully demonstrate against a political entity, government institution, policy, group, tradition, businesses or other private institutions“ (S. 13). Gewaltsame Ausschreitungen (“riots”) werden definiert als “violent events where demonstrators or mobs engage in disruptive acts, including but not limited to rock throwing, property destruction, etc. They may target other individuals, property, businesses, other rioting groups or armed actors” (S. 14). Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) Codebook, <https://acleddata.com/download/2827/>.
- 4 Das BKA gab an, erst mit Ablauf des Jahres 2022 zu entscheiden, ob Straftaten im Kontext „Klima“ in der Aufstellung zur PMK gesondert aufgezeigt werden (→ Deutscher Bundestag 2022a: 8).

Autor:innen

Stephen Albrecht

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Aline Bartenstein

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Felix Bethke

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Lea Brost

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Hendrik Hegemann (Koordination)

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Dr. Julian Junk

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

PD Dr. Martin Kahl (Koordination)

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Mona Klöckner

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Dr. Janina Pawelz

IFSH – Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

Prof. Dr. Jonas Wolff

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Paul Zschocke

HSFK – Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Quellenverzeichnis

- Albrecht, Stephen et al. 2021: Demokratien auf der Kippe: Globale Trends und Bedrohungen, in: BICC/HSFK/INEF/IFSH (Hrsg.): Friedensgutachten 2021. Europa kann mehr!, Bielefeld, 137–155.*
- Bundesamt für Verfassungsschutz 2022: Reichsbürger und Selbstverwalter, in: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html; 23.02.2023.*
- Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundeskriminalamt 2022: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021. Bundesweite Fallzahlen, in: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=2; 23.02.2023.*
- Butter, Michael 2021: Verschwörungstheorien. Eine Einführung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 71: 35–36, 4–11.*
- Decker, Oliver et al. (Hrsg.) 2022: Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen, alte Reaktionen (Leipziger Autoritarismus Studie 2022), Gießen.*
- Deutscher Bundestag 2022a: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martin Hess, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 20/4794 – Zur Entwicklung radikaler Tendenzen innerhalb der Klimaprotestbewegungen mit Stand Anfang Dezember 2022, Deutscher Bundestag Drucksache 20/5056; 30.12.2022.*
- Deutscher Bundestag 2022b: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke – Drucksache 20/4597 – Ausprägung der Krisenproteste im Oktober 2022, Deutscher Bundestag Drucksache 20/4840; 15.12.2022.*
- Devaney, Laura et al. 2020: Ireland's Citizens' Assembly on Climate Change. Lessons for Deliberative Public Engagement and Communication, in: Environmental Communication 14: 2, 141–146.*
- Generalbundesanwalt 2022: Erklärung zu den Festnahmen von 25 mutmaßlichen Mitgliedern und Unterstützern einer terroristischen Vereinigung. Pressemitteilung vom 7.12.2022, in: <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung2-vom-07-12-2022.html?nn=1397082>; 23.02.2023.*
- Groh-Samberg, Olaf et al. 2022: Gefährdeter Zusammenhalt? Polarisierungs- und Spaltungstendenzen in Deutschland. Ausgewählte Ergebnisse der FGZ-Pilotstudie 2020, in: <https://www.fgz-risc.de/presse/detailseite/gefaehrdeter-zusammenhalt-neue-studie-zu-polarisierungs-und-spaltungstendenzen-in-deutschland>; 10.01.2023.*
- Hossain, Naomi/Hallock, Jeffrey 2022: Food, Energy & Cost of Living Protests 2022. Friedrich Ebert Stiftung, in: <https://ny.fes.de/article/food-energy-cost-of-living-protests-2022>; 23.02.2023.*
- Mau, Steffen 2022: Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung, in: Merkur 76: 874, 5–18.*
- McCoy, Jennifer/Somer, Murat 2020: Towards a Theory of Pernicious Polarization and How It Harms Democracy, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Sciences 681: 1, 234–271.*
- McCoy, Jennifer/Somer, Murat 2021: Overcoming Polarization, in: Journal of Democracy 32: 1, 6–21.*
- Mercator-Forum Migration und Demokratie 2022: Europa und die Fluchtmigration aus der Ukraine. MIDE-M Jahresstudie 2022, in: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/Publikationen/TUD_MIDE_AnnualStudy2022_Europe_and_Refugee_Migration_from_Ukraine.pdf; 20.01.2023.*
- Roose, Jochen 2022: Eine tief gespaltene Minderheit. Polarisierungstendenzen in Deutschland, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 35: 2, 298–316.*
- Sachverständigenrat für Umweltfragen 2019: Demokratisch Regieren in ökologischen Grenzen. Zur Legitimation von Umweltpolitik. Sondergutachten, in: https://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2016_2020/2019_06_SG_Legitimation_von_Umweltpolitik.html; 23.02.2023.*
- Salheiser, Axel/Richter, Christoph/Quent, Matthias 2022: Von der „Corona-Diktatur“ zur „Klima-Diktatur“? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, in: fgz-risc.de/wp-5; 22.02.2023.*
- V-Dem Institute 2020: Defending Democracy against Illiberal Challengers. A Resource Guide, in: https://www.v-dem.net/documents/21/resource_guide.pdf; 23.02.2023.*
- V-Dem Institute 2023: The V-Dem Dataset 2023, in: <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>; 03.03.2023.*
- Zick, Andreas/Küpper, Beate (Hrsg.) 2022: Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21, Bonn.*

Abbildungen / Grafiken / Tabellen

24 /127

Politische Polarisierung im globalen Vergleich (1990–2022)
V-Dem 2023: V-Dem Dataset – Version 13, in: <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>; 23.03.2023.

25 /127

Entwicklung der Demokratiequalität (1990–2022)
V-Dem 2023: V-Dem Dataset – Version 13, in: <https://www.v-dem.net/data/the-v-dem-dataset/>; 23.03.2023.

26 /131

Demonstrationsgeschehen in Deutschland (2021 und 2022)
Armed Conflict Location and Event Data Project, in: <https://acleddata.com/about-acled/>; 23.03.2023.